

Eliten gegen Graswurzeln

Die einen Politbewegungen gelten als Helden der Demokratie, die anderen leben sie vor.



Die Operation Libero ist gerettet. Noch im Dezember sah es finanziell düster aus, doch dank einem gutplatzierten und medial kräftig unterstützten Bettelauftritt klingelten alsbald die Kassen. Nun ist die Polittruppe wieder flüssig und kann ihre Kampagnen weiterführen. In den letzten Monaten hat sich die Bewegung zwar etwas verlaufen, sich wegen der Konzernverantwortungsinitiative bei der EU-begeisterten Wirtschaft, von der sie sonst gehätschelt wird, etwas unbeliebt gemacht, doch ihre Hauptziele sind unverändert: Es geht um den Kampf für mehr Europa und gegen die Erzfeindin SVP.

Die Libereros werden in der Schweiz gerne als moderne demokratische Kraft verklärt. Sie erfüllen die Sehnsüchte so vieler Schweizer, die gerne kosmopolitisch und nicht national ausgerichtet sein wollen und denen Europa zu weit weg und das eigene Land zu klein ist. Man kann die Bewegung allerdings auch nüchterner charakterisieren: als Vereinigung von mehr oder weniger jungen Akademikern, die sich als intellektuelle Vorreiter sehen und in Verwaltung, Universitäten, internationalen Organisationen (und auch Medien) unter ihresgleichen die Staatspolitik gestalten möchten. Es sind, anders gesagt, zum Gutteil elitäre Technokraten.

Bei den Libereros kommt mir immer ein Europa-Sommerseminar einer grossen deutschen Stiftung in den Sinn, zu dem ich vor Jahren eingeladen war und wo mehrere Tage lang über die Zukunft der EU diskutiert wurde. Dass die meist jüngeren Teilnehmer, allesamt gebildet und beruflich ambitioniert, für ein grosses Europa und für eine möglichst star-

ke politische Integration eintraten, war nicht wirklich erstaunlich. Die Herablassung, ja die offene Verachtung, die sie gegenüber dem Volk und der Volksmitsprache an den Tag legten, überraschte mich dann aber doch. Die Bürger seien politisch zu unreif, zu ignorant oder zu rebellisch, um zu verstehen, was gut für sie sei, hiess es an den Tischrunden unverblümt. Deshalb solle man sie gar nicht erst befragen, zu

Das politische Europa ist ein Gebilde von und für Eliten – es ist ein Gebilde für die Libereros.

Europa schon gar nicht, sondern lediglich alle paar Jahre ihre Vertreter wählen lassen – das sei Mitsprache genug.

Dort, im Kreis der aufstrebenden europäischen Karrieristen, von denen heute so einige an einflussreichen Posten sitzen dürften, wurde überdeutlich klar: Das politische Europa ist in erster Linie ein Gebilde von und für Eliten – es ist ein Gebilde für die Libereros. Wen es nach Europa und nach europäischer Integration drängt, für den ist das Volk bloss hinderlich. In der Schweiz hütet man sich davor, das öffentlich zu sagen, das würde nicht goutiert, doch es ändert nichts daran: Das Ziel Europa, das EU-Freunde wie die Libereros anvisieren, bedeutet den Abschied von der Bürgerdemokratie im Stil der Schweiz.

In diesen Wochen ist es eine andere, eine neue Bürgerbewegung, die viel Aufmerksamkeit erregt und in der erdrückenden Corona-Atmo-

sphäre für ein frisches Lüftchen sorgt: der Verein «Freunde der Verfassung». Die bunt zusammengesetzte Gruppe, die man als eine Art Graswurzelbewegung bezeichnen kann, hat Bemerkenswertes geleistet und innert Kürze das Referendum gegen das für dringlich erklärte Covid-19-Gesetz und die behördliche «Pandemie-Willkür», wie sie es nennt, zustande gebracht.

Sie, die Verfassungsfreunde, machen damit möglich, was in den ganzen langen Corona-Monaten gefehlt hat: dass die Bürger mit einer Volksabstimmung die Gelegenheit erhalten, sich zur teils erratischen und mit gewaltigen Folgeschäden verbundenen Krisenbewältigung zu äussern sowie zu den einmaligen Freiheitsbeschränkungen, die ihnen der Bundesrat aufzwingt. Dass eine breite demokratische Auseinandersetzung stattfinden kann, ist umso wichtiger, weil sich das eidgenössische Parlament seit geraumer Zeit praktisch abgemeldet hat und die Corona-Politik bereitwillig der Regierung überlässt.

Die Verfassungsfreunde werden derzeit von Parteien und Medien noch etwas misstrauisch beäugt. Wo sie politisch einzuordnen sind und ob ihre Bewegung irgendwelche Untiefen aufweist, ist noch nicht klar. Doch unabhängig davon, wer zu den Verfassungsfreunden gehört oder wohin sich die Gruppe in der Zukunft entwickeln wird: Wer den Durchgriff des Staates und die unheimliche Macht der Exekutive kritisch betrachtet und dem Volk eine offene Debatte über Sinn und Unsinn des autoritären Corona-Regimes ermöglicht, macht sich um die Demokratie verdient.